

Cancel Culture

Cancel Culture ist ein Trend der jüngsten Vergangenheit, dessen wesentliches Merkmal die Forderung nach Boykottierung einer als unmoralisch geltenden Person ist. Die Forderung nach Boykott findet dort statt wo ein kritisches Maß an Öffentlichkeit vorliegt, sodass die Blockierung der Äußerung von unliebsamen Ideen einer Art öffentlicher Gefahrenabwehr gleichkommt. Die Begründung zum Boykott liefert das Moralsystem derer, die den Boykott fordern. Die Legitimation den Boykott zu fordern, entspringt der Vorstellung qua richtigen Moralsystems über die Urteilskraft über Gut und Böse, öffentlichkeitsstauglich und öffentlichkeitsschädlich zu verfügen.

Dies bedeutet noch nicht, dass Cancel Culture bedeutet, dass der Zweck wieder die Mittel heiligt. Es ist nicht die einzelne blockierte Veranstaltung, welche die Schaffung eines eigenen Begriffs rechtfertigt. Es ist die Vielzahl mehr oder weniger gut gerechtfertigter Boykottforderungen, die die Cancel Culture vom subkulturellen zivilen Ungehorsam zum gesamtgesellschaftlichen Problem machen. Problematisch ist dabei, dass das zum Boykott qualifizierende Urteil über Gut und Böse zunehmend emotionalisierter und demzufolge auch irrationaler gefällt wird. Auch zielt die Forderung nach Boykott zunehmend in der gesellschaftlichen Schicht um sich, die bisher als sogenannte Mitte der Gesellschaft bekannt war. Otto Normalverbraucher wird von einer *woken* Minderheit beobachtet, die die eigenen Moralvorstellungen öffentlichkeitswirksam zur Richtschnur des gesamtgesellschaftlichen Common Sense machen will. Der in der Mitte der Gesellschaft vorhandene Common Sense muss sich so an den moralischen Maßstäben der *Wokeness* messen lassen. *Wokeness* bezeichnet dabei das wache politische Bewusstsein gegenüber erkannten Missständen wie Rassismus, Diskriminierung, sozialer Ungerechtigkeit allen sich als bedeutsam offenbarenden Problemen der Welt.

Wokeness ist jedoch nicht die einzige Basis, die Aktivisten zum Canceln gefunden haben. Eine antagonistische Struktur von rechts hat sich längst gebildet. Da rechtes Gedankengut im Gegensatz zu linkem öffentlich geächtet wird, verlagern sich rechte Cancel-Aktionen deutlich stärker in den virtuellen Raum. An dieser Stelle ist fraglich, ob Internet-Troll-Aktionen tatsächlich schon Cancel Culture bedeuten. Vielleicht sollte beim Canceln die Differenzierung wahrgenommen werden, dass die Boykottforderungen nicht notwendigerweise zum Boykott

führen müssen. Vielmehr können alternativ auch stattfindende Veranstaltungen blockiert oder bereits vor ihrer Durchführung massiv behindert werden. Das Minimum der Cancel Culture bleibt die Bestrebung, durch öffentlichen Druck oder Aktivismus freie Meinungsäußerung dadurch zu behindern, gewisse Personen oder gewisse Inhalte gezielt zu diskreditieren, Veranstalter einzuschüchtern und notfalls durch Zwangsanwendung einen geregelten Ablauf zu sabotieren. Im harmlosesten Fall, der Begrenzung auf einen sogenannten Shitstorm, wurde dann wenigstens das inzwischen seit Jahren so berühmt-berüchtigte Zeichen gesetzt.

Gute CC

Was Cancel-Aktivistinnen versuchen zu erreichen, ist die Meinungshoheit in ihrem Sinne gestalten und Grenzen des Sag- und Denkbaren durch ihre Aktionen definieren zu können. Wohlwollend kann man das Phänomen auch so umschreiben: Es gibt einen gesellschaftlichen Common Sense und was sich deutlich außerhalb des Common Sense befindet wird von der Öffentlichkeit, die diesen Common Sense teilt, verurteilt. Dies zeigt an, dass nicht jedes Cancellen per se illegitim oder gar schlecht ist. Wir müssen uns nicht darüber unterhalten, dass jemand, der Vergewaltigung legalisieren wollte in Grund und Boden gecancelt gehört. Ähnlich gelagert ist es, wenn jemand ein Thema aufgreift, Kritik übt, diese jedoch so mit unsachlichen überzieht, dass das Originalthema letztlich nur noch für den Transport dritter Inhalte dient. Beispiel: Attila Hildmann. Der vegane Starkoch trat während der Covid-19- Pandemie mit fragwürdigen Äußerungen in die Öffentlichkeit, die im den Spitznamen „Avocadolf“ einbrachten. Kritik an der Coronapolitik der Bundesregierung ist, unabhängig davon ob man sie teilt oder nicht, legitim. Corona als Hirngespinnst abzutun und die Coronapolitik als Verschwörung einer bösen Elite, inklusive der üblichen Zutaten wie Alieninvasion und Chemtrails, zu bewerten ist zumindest nicht gerade das, was die Faktenlage hergibt (andere würden es auch verrückt nennen). Diese Äußerungen aber auch noch mit der Aufforderung zum Sturz der Regierung, dem Sturm auf das Kanzleramt zu verbinden und Werbung für Online-Waffenshops von NPD-Funktionären zu machen ist definitiv zu viel des Guten.

Die Schwierigkeit ist nun einzuschätzen, ab wann man mit dem Cancellen hätte anfangen sollen um etwaigen (inhaltlichen) Eskalationen vorzubeugen. Das Problem, das durch Akteure wie Hildmann entsteht ist, dass vernünftigerer Kritiker der Coronapolitik unmittelbar mit den

Spinnereien Avocadofls assoziiert werden. Damit strahlt das Menetekel des illegitimen Verschwörungstheoretikers weit über den Personenkreis der tatsächlichen Verschwörungstheoretiker hinaus.

Schwierig ist auch, die Grenze zu ziehen zwischen der demokratischen Unmutserklärung und dem Canceln. Andreas Kalbitz, Neo-Nazi und ehemaliger Chef der AfD Brandenburg, wurde nachdem er einen Fraktionskollegen krankenhaushausreif geschlagen hatte aus der Partei ausgeschlossen. Schon vorher war Kalbitz aufgrund seiner Radikalität ein Dorn im Auge des bürgerlichen AfD-Lagers. Bei ihm kann man schwerlich davon reden, dass seine Partei ihn gecancelt hätte. Der Prozess durchlief die üblichen Parteigremien und war eine einfache demokratische Unwillenserklärung.

Auf der anderen Seite des Spektrums sorgte der ehemalige JUSO und inzwischen Sprecher der Linksjugend.Solid Berlin aufgestiegene Bengt Rüstemeier für Aufregung, weil er seine Gewaltfantasien gegen Andersdenkende twitterte. Beispiel: „„jungliberale ershooten wann?“ (jungliberale ershooten wann?) oder „denke ein v€rm1€7€rschw€!n persönlich zu €rsh0073n kann hilfreich sein aber, aber muss nicht notwendig voraussetzung sein (sic!)“. Die Jusos Berlin distanzieren sich von den Tweets Rüstemeiers, der zu dem Zeitpunkt im Vorstand der Jusos Berlin saß. Rüstemeier bekam einen Shitstorm ab und musste von seinem Amt zurücktreten. Rüstemeier ist ein Beispiel dafür, wie illegitime Äußerungen gesellschaftlich sanktioniert werden ohne eine Existenz nachhaltig zu beschädigen. Anders als beispielsweise AfD-Politiker, wurde Rüstemeier nicht privat belästigt oder sein Eigentum beschädigt. Er musste seinen Aktionsraum wechseln und ein jeder mag sich seinen Teil über die Linksjugend bilden, dass Rüstemeier nach diesen Tweets bei ihnen innerhalb kürzester Zeit zum Landeschef aufsteigt. Die Entrüstung verblieb jedoch in der Sphäre des Öffentlichen. Auch der Ausschluss bei den Jusos verlief nach demokratischen Standards.

Fragwürdig ist hingegen der Umgang mit dem Grünen-Politiker und Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer. Palmer wird von Parteikollegen regelmäßig vorgeworfen, durch seine Kritik an der Politischen Korrektheit und durch eigene politisch unkorrekte Äußerungen, Rassismus zu verbreiten oder wenigstens zu relativieren. Die Nebelkerze „Rassismus“ dient hier zur Vertuschung realpolitischer Fragen, die Palmer stellte. Zum Beispiel: Es gibt nach Palmers Einschätzung sichere Gebiete in Syrien. Sollte dann nicht auch

nach Syrien abgeschoben werden dürfen? Die Grüne Simone Peters bezeichnete diese Überlegungen als „üblichen Palmer-Nonsens“. Sein eigener Landesverband will Palmer nun aus der Partei schmeißen, weil "für jemanden, der mit Rassismus kokettiert und Ressentiments schürt, bei [den Grünen] kein Platz [ist]." Wie schwierig ein Parteiausschlussverfahren ist, zeigt der Fall Sarrazin bei der SPD. Und ob ein forsches Mundwerk und das Formulieren realpolitischer Fragestellungen bereits Rassismus ist und sanktioniert gehört, ist zumindest fragwürdig. Die Grenzen zwischen demokratischer Unwillensbekundung und kleinkariierter Cancel Culture ist bei den Grünen wohl besonders fließend.

Schlechte CC

Das ein politisches Engagement auch gravierendere Folgen zeitigen kann belegt die Biographie vom Berliner Chef der Jungen Alternative, Vadim Derksen. Derksen und seine JA-Kollegen wurden bereits 2019 in Berlin von einem Antifa-Trupp mit Messern angegriffen. Im September 2021 wurde sein Familienauto abgefackelt. Die Unmutsäußerung an Derkens politischen Ansichten überschreitet hier jedes demokratische Maß. Anstatt ihm und seiner Partei im institutionellen Rahmen die Hölle heiß zu machen, verlagert sich die Unmutsäußerung in die Privatsphäre. Unmutsäußerung ist in diesem Zusammenhang ein eigentlich unzulässiger Euphemismus, da rohe Gewalt angewendet wurde und nicht nur die Person Derksen, sondern auch seine unbeteiligte Familie in Mitleidenschaft gezogen wurde. Körperliche Gewalt wurde in deutlich schlimmeren Maße gegen den niedergeschlagenen Bremer AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz. Das Extremum dieses Eskalationspektrums stellt der Mord am CDU-Politiker Lübke dar. Dieser war auf seinem Privatgrundstück erschossen worden, weil er die Flüchtlingspolitik von 2015 verteidigt hatte. Den Mord, die Körperverletzung und die Sachbeschädigungen als Cancel Culture zu begreifen, würde die Kategorie sehr überdehnen. Die hinter dem Canceln stehende Motivation, eine bessere Gesellschaft durch Reinheit vom politischen Gegner herzustellen wird jedoch sehr deutlich. Das Sprache zu Gewalt führen kann, betont niemand stärker als die Linken selbst. Das sobald der Diskurs ausreichend bereinigt scheint die konsequente Fortsetzung in der Bereinigung der Privatsphäre besteht, ist Charakteristikum einer Demokratie, die zwischen öffentlich getätigter Meinung und privatem freundlichem Umgang zunehmend nicht mehr differenzieren will. Das Private bleibt politisch.

Dementsprechend gnadenlos geht der Mob vor. Der neuen Sprecherin der Grünen Jugend, Sarah Lee Heinrich, werden Tweets zum Vorwurf gemacht, die sie im Alter von 14-15 Jahren absetzte. Dabei benutzte sie Ausdrücke wie „Tunte“, benutzte „behindert“ und „schwul“ als abwertende Vokabeln und grüßte mit „Heil“. Seit sie zur Bundesprecherin gewählt wurde, fliegen ihr diese Tweets nun um die Ohren. Berechtigte Kritik erfährt sie wiederum an ihrer Ende 2019 getätigten Äußerung, Deutschland habe eine „eklig weiße Mehrheitsgesellschaft“. Das sie als deutsche Politikerin ein solches Verhältnis zu ihrem Heimatland hat und dafür die Hautfarbe als Kriterium ins Spiel bringt, ist besonders für die dunkelhäutige Heinrich bemerkenswert und wird zurecht kritisiert. Immerhin ist letztere Bemerkung von öffentlichem Interesse. Was Heinrich jedoch mit 15 Jahren twitterte sollte nicht Gegenstand öffentlicher Kritik sein. Der Leser mag sich selbst fragen, ob er heute für das verantwortlich gemacht werden will, was er als Pubertierender von sich gegeben hat.

Wer beim Shitstorm gegen Heinrich jedoch klammheimliche Schadenfreude verspürt, darf vermutlich davon ausgehen, dass er damit nicht ganz allein ist. Die Grünen, und die Grüne Jugend in ihrer ganz eigenen Radikalität, haben zu den heutigen Zuständen ihren großzügigen Teil beigetragen. Es ist gerade ihr Erfolgsrezept, politische Fragen zu moralisieren und damit sowohl die politische Diskussion als auch den andersmeinenden Gegenüber zu verunmöglichen. Wie ließe sich dies besser belegen als mit der Gallionsfigur des grünen Zeitgeistes, Greta Thunberg. Als Greta (vernünftigerweise) twitterte, dass Atomstrom als CO₂-neutrale Übergangstechnologie genutzt werden könnte, bis die Erneuerbaren Energien dasselbe Verlässlichkeitsniveau erreicht haben, fiel die Twittermeute über sie her, bis sie zurückrudern musste.

Angenehmer ist es für das progressive Milieu natürlich, wenn es gegen gemeinsame Feinde vorgehen kann, anstatt sich selbst zu zerfleischen. Dies geschieht erstaunlich oft an Universitäten. Als Orte des freien Geistes sollte dort eigentlich das bessere Argument Gehör finden. Stattdessen zählt vermehrt auch hier nur die richtige Gesinnung. Zu spüren bekam das zum Beispiel der inzwischen aus der Partei ausgetretene AfD-Gründer Bernd Lucke, der nach seinem Ausscheiden aus dem EU-Parlament als Professor an die Universität Hamburg zurückkehrte. Linke Studenten, die von der Gefährlichkeit Luckes überzeugt waren, störten seine ersten Vorlesungssitzungen derart, dass sie abgebrochen werden mussten. Man erinnere sich jedoch, dass die AfD als Partei gestartet ist, die gegen die Fehlkonstruktion des

Euro in den Wahlkampf gezogen ist und Lucke in Talkshows oft eher zu professoral aufgetreten ist. Die Polemik und Hetze, die zunehmend zum Stilmittel der Wahl von AfD-Politikern wurden, veranlassten ihn schließlich zum Austritt. Wie hier ein zu cancelnder Demagoge ausgemacht werden soll, bleibt das Geheimnis der linken Studenten.

Lucke ist offenbar kein Einzelfall. Gegen den Berliner Historiker Jörg Baberowski hatte eine kleine Hochschulgruppe von ewiggestrigen Linksextremen eine erfolgreiche Diffamierungskampagne gestartet, die letztlich dazu führte, dass dem von ihm mitgeplante Aufbau eines Zentrums für Diktaturforschung letztlich die Unterstützung der Universität entzogen wurde und das Projekt folglich scheiterte. Es sind Geschichten wie diese, die dazu geführt haben, dass sich Anfang 2021 das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit gründete. In seinem Manifest heißt es:

„Einzelne beanspruchen vor dem Hintergrund ihrer Weltanschauung und ihrer politischen Ziele, festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente verwerflich sind. Damit wird der Versuch unternommen, Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und politisch zu instrumentalisieren. Wer nicht mitspielt, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden. Auf diese Weise wird ein Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissenschaftliche Debatten im Keim zu ersticken.“

Universitäten sind nicht nur Ort der Forschung, sondern auch der inhaltlichen Auseinandersetzung. Über dem Haupteingang der Universität Heidelberg heißt es daher: „Dem freien Geiste“. Auch die Politiker de Maiziere (CDU) und Christian Lindner (FDP) sind also berechtigt, sich in den Hallen der Akademie mit Interessierten auseinanderzusetzen. Doch auch sie wurden bei ihren Auftritten bereits niedergeschrien. Der freie Geist bleibt logischerweise in der Flasche, wenn ihm selbst in seinem eigenen Haus der Mund verboten wird. Vielleicht ist Lindners Klimapolitik kontraproduktiv. Vielleicht bringen uns linksgrüne Vorschläge von Verbotskultur, Etatismus und Bürokratismus aber eben auch nicht weiter. Die Auseinandersetzung – so der Vorschlag zur Güte – hätten auf der Straße vor der Universität in Form von Demonstrationen stattfinden können. Im Hörsaal selbst gilt das gute Argument und sonst nichts. Und wer danach Lindner immer noch die Menschlichkeit absprechen und dementsprechend zur Tat schreiten will, soll sich bewusst machen, dass er mit der Zivilisation, die er vorgibt retten zu wollen, selbst nichts mehr am Hut hat.

Schwierig wird es, wenn die Vertreter der Wissenschaft es mit der Redefreiheit und der Freiheit des Geistes selbst nicht mehr so genau nehmen. 2020 veröffentlichte die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) im Zuge der Kampagne "DFG2020 – Für das Wissen entscheiden" einen Beitrag des Kabarettisten Dieter Nuhr als einen von vielen. Nuhr sagte in seinem Statement, dass man auch wissenschaftliche Erkenntnisse nicht verabsolutieren dürfe: *"Wissenschaft weiß nicht alles, ist aber die einzige vernünftige Wissensbasis, die wir haben. Deshalb ist sie so wichtig."* Kein vernünftiger Mensch, und nebenbei bemerkt, auch kein Wissenschaftsphilosoph, würde dem grundsätzlich widersprechen. Die DFG jedoch löschte den Beitrag, nachdem auf Twitter ein Shitstorm auf den Beitrag folgte. Pikanterweise scheint es sich dabei nicht nur um die übliche Twittermeute gehandelt zu haben, sondern um echte Wissenschaftler. Man mag von Nuhr und seinen Scherzen auf Kosten von Fridays For Future halten was man will. Ein inhaltlich korrektes Statement jedoch als kontaminiert darzustellen, weil einem die Scherze eines Kabarettisten nicht gefallen und man hinter dem Statement verschleierte Wissenschaftsfeindlichkeit vermutet, ist eine unsachliche Hyperreaktion die den Korridor des Sagbaren unverhältnismäßig stark einschränkt. Und dass die DFG so schnell einknickt tut der Wissenschaftsfreiheit ebenfalls keinen Dienst.

CC in den USA

Der Blick in die angelsächsischen Länder ermöglicht einen Blick in die Zukunft. Als Heimatland des Phänomens Cancel Culture haben vor allem die Amerikaner schon einen Wahnsinnsvorsprung – im wahrsten Sinne des Wortes. 2016 erließ die kanadische Regierung die Bill C-16 „An Act to amend the Canadian Human Rights Act and the Criminal Code“. In diesem Gesetz wurde festgeschrieben, dass Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität oder geschlechtlichen Performanz des Opfers als Motivation für eine Straftat als erschwerend für das Urteil berücksichtigt werden sollte. Der kanadische Psychologe Jordan Peterson kritisierte die Bill C-16, weil er befürchtete, sie würde Menschen zwingen, die Personalpronomen in Bezug auf sich als non-binär identifizierende Menschen zu benutzen, die diese vorgeben, und damit einen Sprechzwang zu erzeugen. Die Kritik Petersons wurde von einigen Rechtskommentatoren zwar nicht geteilt, dennoch gelangte Peterson infolge seiner Kritik zu Berühmtheit, weil *woke* Studenten ihn in der Universität bepöbelten und er durch seine Standfestigkeit in der Diskussion zum Symbol derjenigen wurde, die sich Sorgen machen, dass vor lauter politischer Korrektheit und Angst, jemanden zu beleidigen,

die Redefreiheit zunehmend eingeschränkt würde. Auch wenn Peterson durch seinen gestiegenen Bekanntheitsgrad von dem Konflikt profitierte, kann man dies von unbekannteren Akteuren nicht behaupten. Die damals 22-jährige Lindsay Shepard wurde von ihren Kollegen aus der Fakultät zur Rede gestellt, weil sie in ihrem Seminar ein Video zeigte, in dem Peterson mit den ihn beschimpfenden Studenten diskutierte. Shepards Kollegen wiesen sie darauf hin, dass Petersons Argumente seit der Verabschiedung der Bill C-16 gesetzeswidrig seien und sie sich durch das Zeigen des Videos mitschuldig machte. Das Zeigen des Videos zu Lehrzwecken sei vergleichbar damit, eine Rede von Hitler „neutral“ zu zeigen. Es zeigt sich ein Zustand, in dem der Geist des Gesetzes Wirkung zeigt, selbst wenn der Gesetzestext formal keine rechtlichen Konsequenzen vorsieht. Zudem zeigt sich an den ad hominem Vorwürfen, wie dem absurden Hitlervergleich, dass die inhaltliche Diskussion übersprungen und direkt auf das Mittel der persönlichen Diffamierung zurückgegriffen wird. Die Argumentation von Shepards Kollegen zeigt sich im Verlauf der Diskussion wenig konsistent – es sei denn, man ergreift von Beginn an die politisch korrekte Partei. Nur dann scheint es sinnhaft, Shepard vorzuwerfen, dass sie in einem Seminar, in dem der kritische Umgang mit Ideen beigebracht werden soll, sich mit Ideen kritisch auseinandergesetzt wird anstatt sie zu canceln. Nur wenn man durchgehend Partei ergreift wird nachvollziehbar, warum Shepards Neutralität in der Behandlung eines Themas problematisch sein soll, da doch eigentlich von vornherein klar sein muss, welches die gute und richtige Seite ist (der Gesprächsmitschnitt ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://nationalpost.com/news/canada/heres-the-full-recording-of-wilfrid-laurier-reprimanding-lindsay-shepherd-for-showing-a-jordan-peterson-video>).

Diesseits des großen Teiches wurde wegen eines ähnlichen Vorfalls der Lehrer Will Knowland vom englischen Eton College suspendiert. Grund war, dass er sich kritisch mit der Idee auseinandersetzte, Geschlecht wäre ausschließlich eine sozial konstruierte Kategorie ohne biologische Basis. Nach seiner Entlassung setzten sich Schüler und Eltern in Petitionen für Knowlands Wiedereinstellung ein. Verantwortlich für die Entlassung war maßgeblich der Rektor des Eton College Simon Henderson, der von der sozialen Konstruktion der Geschlechtlichkeit überzeugt ist und dem Knowlands Behandlung des Themas daher ein Dorn im Auge war. Hendersons Ziel, Eton vom „männlichen Elitismus“ zu befreien, verfolgte er mit der Methode, dass er als Mann in privilegierte Position eine Entscheidung durchsetzte, die

den ihm verantworteten Menschen, den Schülern, selbst überhaupt nicht zusagte. Männlicher Elitismus soll durch die Methode des männlichen Elitismus beseitigt werden. Eine vollkommene Logikschleife, die nur dem *woken* Bürger intuitiv richtig erscheinen kann.

Dass der Zweck die Mittel heiligt, zeigte sich auch im Zuge der Black Lives Matter-Proteste. Die Plünderungen und die Gewalt, die ganze Städte in Amerika in Brand setzte war Ausdruck der Verzweiflung der unterdrückten schwarzen Bevölkerung. Die Perle der medialen Schönfärberei war der CNN-Kommentar, die Proteste seien „fiery but mostly peaceful“ (feurig, aber größtenteils friedlich). Während dieser Beschreibung der Zustände, sah man im Hintergrund Feuer lodern. Das neben den Plünderungen und der Zerstörung ganzer Stadtteile auch handfester Mord im Namen der guten Sache begangen wurde, ging in der Presse weitgehend unter. Die 24-jährige Mutter eines dreijährigen Kindes, Jessica Doty Whitaker, wurde von Black Lives Matter-Anhängern erschossen, nachdem sie auf „Black Lives Matter“ mit „All Lives Matter“ antwortete. Ihr Vergehen war, die Besonderheit der Gewalt gegen Schwarze zu relativieren indem sie betonte, dass jedes Leben zählt, nicht nur schwarze.

Ausblick

Die „entschiedene Reaktion“ mit der auf den Ausspruch „All Lives Matter“ reagiert wurde ist die radikale Bereinigung eines missliebigen Gedankens, der mittels Vernichtung des Gedankenträgers zumindest partiell ausgelöscht wurde. Diese gewaltsame Form der Auseinandersetzung – mit Gewalt und der davon ausgehenden Angst versuchen, die Oberhand zu gewinnen – funktioniert üblicherweise nicht. Vom Scheitern dieser Strategie weiß jede Terrororganisation ein Lied zu singen. Besonders in Gesellschaften, in der die gewaltlose Konfliktaustragung zu den obersten Prinzipien gehört, erzeugt Gewalt entsprechende Abwehrreaktion, die dem idealen Zweck des Gewaltanwenders zuwiderlaufen. Besser, man versteckt die Wolfszähne im Schafspelz und sagt:

„Freiheit der Wissenschaft kann also nicht darin liegen, ihre Zweckfreiheit zu betonen. Vielmehr ist kritische Wissenschaft nur möglich, indem ihre gesellschaftliche Dimension immer mit einbezogen wird. Die Ansprüche der Gesellschaft an Forschung und Lehre müssen von ihr selbst auf ihre Berechtigung überprüft und dürfen nicht zurück gewiesen werden. Ein Rückzug in den wissenschaftlichen Elfenbeinturm ist gesellschaftlich nicht sinnvoll und deshalb nicht zu

akzeptieren. Stattdessen werden wir die gesellschaftliche Auseinandersetzung um den Zweck und Inhalt von Forschung und Lehre führen.“

Die zitierte Passage stammt aus der Präambel des Positionsprogramms der Hochschulgruppe Die Linke.SDS. Was die Passage im Klartext bedeutet: Wissenschaft soll nicht weiter zweckfrei sein, sondern gesellschaftlich definiert werden. Zwar mag der SDS sich darunter vorstellen, dass alle Bürger frei zusammenfinden, einen Konsens schließen und diesen regelmäßig auf seine Angemessenheit reevaluierten. Doch wie das praktisch umsetzbar ist oder wie sich dieses Ideal mit der ständigen Feststellung „struktureller Zwänge“ – ein Narrativ, das nirgends so beliebt ist wie bei Linken – verträgt, bleibt ein gut gehütetes sozialistisches Geheimnis. Tatsächlich wird es wohl eher so laufen: Moralisch erhabene Meinungshüter definieren auf Basis ihrer moralischen Erhabenheit, was gut und was schlecht ist und sortieren anschließend aus, was als schlecht bestimmt wurde. Beispiel: Zivilklausel. Mit der Zivilklausel fordert der SDS das Verbot von militärischer oder Dual-use-Forschung, also Forschung, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden kann. Was kann das konkret bedeuten? Die Bundeswehr gibt ihren Soldaten ethnographisches und historisches Wissen mit auf den Weg in den Einsatz. Kampfgeschwader fliegen heute nach Vorbild von Vögelschwärmen. Sollen nun Ethnologie und Ontologie von den Hochschulen verbannt werden? Befürworter der Zivilklausel könnten nun antworten, dass nur technische Forschung zu militärischen Zwecken verboten werden sollte. Doch selbst wenn es durch und durch militarisierte Hochschulen in Deutschland gäbe, müsste man sich nicht fragen, ob es realpolitisch sinnvoll sei, Rüstungsproduktionsstätten und entsprechende Forschungsabteilungen zur Verfügung stehen zu haben? Grundsätzlich muss der Staat doch seine Bürger schützen und ist daher gut beraten sicherheitsrelevante Infrastruktur beizubehalten. Neben realpolitischen Schwachstellen der Forderung nach einer Zivilklausel soll vor allem die schwierige Frage der Abgrenzung gestellt werden: Schlichtweg jede Forschung kann unter Umständen zur Dual-use-Forschung werden. Um dem hohen Ideal des Friedens gerecht zu werden, wären konsequenterweise massive Eingriffe in die Forschungsfreiheit notwendig. Dies liefere allerdings Artikel 5 Grundgesetz zuwider, denn der garantiert die unter anderem die Wissenschaftsfreiheit.

Neben dem offiziellen Weg gibt es jedoch noch eine andere Methode seine Ziele zu erreichen: Die Homogenisierung des Diskurses. Durch die Macht der Wiederholung kann eine Darstellung

sich als scheinbare Wahrheit diskursiv etablieren. Auf Basis dieses *Illusory Truth Effect* können gewisse Inhalte, wie absurd sie auch sein mögen, schleichend konsensual werden. Es gibt beispielsweise die inzwischen bei weiten Teilen der Gesellschaft etablierte „Wahrheit“, dass Geschlecht sozial konstruiert sei und die Berücksichtigung biologischer Faktoren in der Frage der Geschlechtlichkeit gleichbedeutend einer biologistischen Reduktion mit implizitem patriarchalem Unterdrückungswunsch der Frau sei. Damit wird die Darstellungsform „Geschlecht als soziale Konstruktion“ mit dem moralischen Gehalt „Gleichberechtigung und Antidiskriminierung“ verknüpft. Was passiert, wenn man diesem moralinsauren Narrativ widerspricht, ist am oben aufgeführten Beispiel des Lehrers Will Knowland zu sehen. Die besondere Situation in Deutschland ist nun, dass die vorwiegend links-grün orientierten Journalisten als Multiplikatoren dieser linken, moralisierten Narrative dienen. Damit wird ihren Inhalten eine öffentliche Repräsentation zuteil, die der tatsächlichen Akzeptanz dieser Inhalte in der Bevölkerung nicht im Geringsten entspricht. Die Funktionsweise ist: Entwicklung eines Narrativs – Verbreitung des Narrativs – Moralisierung des Narrativs. Analoge Entwicklung: Kleine, aber einflussreiche Gruppe vertritt Narrativ – Gruppe erzeugt öffentlichen Druck – Narrativ naturalisiert sich zunehmend und die Widerstandskräfte werden geringer, sodass wachsende Teile der Bevölkerung das Narrativ übernehmen. Man könnte diese Phase auch unbewusste Selbstkonditionierung nennen. Dies geschieht unabhängig vom tatsächlichen Wahrheitsgehalt des Narrativs. Entscheidend ist, dass das Narrativ zunächst eine emotionale Resonanz erzeugen kann, und die von ihm überzeugten Bevölkerungsteile im Weiteren genügend Druck auf die Noch-nicht-Überzeugten ausüben können. Dies führt zur absurden Situation, dass Helge Braun, Kandidat für den Parteivorsitz der CDU, öffentlich von einer Vielzahl an Geschlechtern spricht. Der Pragmatismus, den die CDU so gern für sich reklamiert verkommt an dieser Stelle zum unkritischen Gang des Weges mit dem geringsten Widerstand. Es ist richtig, dass auch die Geschlechterforschung sich weiterentwickelt, wie es jede Disziplin tun sollte. Und Tatsache ist auch, dass Geschlecht auf molekularer Ebene kein trennscharf eingepferchtes Konzept ist. Doch kann man die letztlich entscheidende Differenzierung, dass der Mann befruchtet und die Frau befruchtet wird, und dass mit diesem evolutionären Auftrag auch biologische Faktoren verbunden sind, nicht einfach wegdiskutieren, nur weil sich Fragen zu Schwellenwerten des Testosteronspiegels des Mannes ergeben. Bekannt ist auch, dass sich genetische Dispositionen in Interaktion zur Umwelt entwickeln. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass der Mensch eine sozial konstruierte

tabula rasa ist. Im Gegenteil, es sind weltweit, sowohl in industrialisierten als auch in vorindustriellen Gesellschaften über 60 universelle Geschlechterunterschiede festgestellt worden. (Wer sich für dieses Thema interessiert, ist mit Axel Meyers Buch „Adams Apfel und Evas Erbe“ gut beraten.) Statt als Mediziner sich dieser Tatsachen bewusst zu sein, folgt der Parteilinke Braun also der *Illusory Truth* der Linken um bloß niemandem auf die Füße zu treten. Die CDU sollte sich stattdessen eher an ihren amerikanischen Kollegen, den Republikanern, orientieren, bei denen ein beliebtes Motto ist: Facts don't care about your feelings.

Nach den Stufen Etablierung und Verbreitung des Narrativs kommt als nächster Entwicklungsschritt der Cancel Culture also die eigenständige Unterwerfung/Selbstkonditionierung. Dieser Schritt ist jedoch keine zwingende Abfolge eines unausweichlichen Determinismus. Vielmehr passt die Strategie der Narrativetablierung einfach sehr gut zur trägen Harmoniesehnsucht, die viele Deutsche offenbar lieber als alles andere haben. Was man gegen diesen Trend tun kann, beschreibt die Kommunikationsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann in ihrem Buch „Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut“. In diesem beschreibt sie, wie eine öffentliche Meinung durchgesetzt wird und wie diejenigen, die diese Meinung nicht teilen zunehmend aus Angst vor sozialer Isolation verstummen. Die heutige Cancel Culture ist so gesehen nur ein weiteres Instrument, die eigene Meinung öffentlich zu etablieren. Über die Reaktion gegen die Forcierung einer öffentlichen Meinung schreibt Noelle-Neumann:

„Doppeltes Meinungsklima: dieses faszinierende Phänomen [...] kann nur entstehen unter ganz besonderen Umständen, nur dann, wenn das Meinungsklima der Bevölkerung und die vorherrschende Meinung unter Journalisten auseinanderfallen. Aus dieser Beobachtung läßt sich aber auch ein wissenschaftlich wertvolles Instrument entwickeln. Wann immer man auf ein Fehltrium der Bevölkerung über die Stärke von Ansichten stößt, lohnt es sich, die Hypothesen zu prüfen, daß dieses Fehltrium durch die Massenmedien bewirkt ist.“

Mit doppeltem Meinungsklima meint Noelle-Neumann die Trennung in ein öffentlich-mediales Meinungsklima und ein davon dissonantes Meinungsklima in der Bevölkerung selbst. Der Eindruck, das mediale Meinungsklima sei identisch mit dem in der Bevölkerung, entsteht aus dem diskursiven Übergewicht der Medien und der gleichzeitigen Zurückhaltung der Bevölkerung in der Äußerung ihrer anderslautenden Meinung. Die Lösung des Problems ist

also eigentlich recht einfach: Aufstehen, Mund aufmachen, aber fundierte Meinungsäußerungen von sich geben. Dies muss in privaten Zirkeln etabliert, ausgeweitet und veröffentlicht werden. So erweitert sich der Diskursanteil der gesellschaftlichen Basis auf ein ihrer Größe angemessenes Maß. Gleichzeitig wird die diskursive Überrepräsentation der Medienmacher auf die ihr zustehenden Proportionen zurechtgestutzt. Zugegeben: So einfach der Grundsatz klingt, so viel verlangt er in seiner Ausführung ab. Mut macht jedoch, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht ideologisch denkt. Dies zeigen Umfragen, in denen deutliche Mehrheiten der Deutschen Dinge wie Gendersprache und Massenzuwanderung ablehnen.

Deutung der CC

Die Cancel Culture ist ein Symptom einer Zeit, der Wilhelm Röpke eine „Verrantheit ins Unbedingte und Absolute“ diagnostizieren würde. Problematisch ist dabei, dass die selbsterteilte Legitimation zu canceln von der „guten“ Gesinnung ausgeht, der *woken* Antidiskriminierung von allem und jeden – er sei denn, er denkt nicht links. Denn was dem linken Gleichheitsideal widerspricht, nimmt Diskriminierung, Ungleichheit und die Manifestierung von Machtstrukturen wenigstens billigend in Kauf oder befördert sie sogar aktiv. Das Gleichheitsideal entspringt einer Egozentrierung von Menschen, die, da sie sich individuell als benachteiligt empfinden, diese persönliche Empfindung auf die ganze Gesellschaft projizieren. Dies hat den Vorteil, dass das abstrakte, real nicht greifbare argumentative Konstrukt der Gesellschaft immer Projektionsfläche genug bietet, um Eigenverantwortung unter Verweis auf „die Umstände“ zu delegieren. Der Kampf für eine „bessere“ Gesellschaft, also eine, in der die Strukturen, denen man die individuell als real empfundene Inferiorität zuschreibt, aufgelöst wurden und alle Menschen endlich in Frieden, Freiheit und Harmonie leben können. Was an Konflikt noch da ist, darum wird „hart gerungen“, stets jedoch mit dem schon feststehenden Ergebnissen und der unverrückbaren Prämisse Gleichheit, Gleichheit über alles. Diskussionen dieser Art drehen sich hyperreflexiv um sich selbst, die nicht erfüllte Utopie zeigt stets die Notwendigkeit nach noch mehr „Hinterfragung der eigenen Privilegien“ und noch mehr politischen Maßnahmen zur Bekämpfung struktureller Diskriminierungen.

Die andere Seite lernt fleißig. Politiker der AfD geben sich gern als Opfer. Sie wissen, dass damit die eigene Wählerschaft gut zu mobilisieren ist, sie wissen auch, dass die Opferstrategie

immer wieder aufgehen wird, da die Parteien links von ihr immer wieder bereitwillig Futter liefern, die das Opfernarrativ belegen. Das mit der Ausgrenzung der AfD auch eine Ausgrenzung berechtigter politischer Anliegen verbunden wird, die von der Mitte der Bevölkerung getragen werden (gegen Gender-Diktat, Kritik am ÖRR, gegen unkontrollierte Masseneinwanderung) empört auch liberal-konservative Wähler, die eigentlich nichts mit der AfD zu tun haben wollen. Die Magie der Sozialen Medien ermöglicht zudem, Sachverhalte verzerrt darzustellen, sodass sie den gewünschten Eindruck und infolgedessen Empörung erzeugen. So lässt sich auch kaschieren, dass Teile der Partei, wie beispielsweise die Verschwörungstheoretikerin Christina Baum oder NPD-Sympathisanten wie Jens Maier oder Dubravko Mandic tatsächlich einfach gecancelt gehören. Selbst wenn es so scheint, als habe die AfD ein Plateau erreicht, lässt sich über diese Strategie doch wenigstens das vorhandene Wählerpotential binden.

Wo bei den Linken die Gleichheitsutopie Richtschnur der guten Gesinnung ist, wird beim unappetitlichen Teil der AfD die Gleichheit im Rahmen der relevante Unterschiede nivellierenden Volksgemeinschaft gedacht. Das Ressentiment richtet sich hier gegen außen als nach oben. Außen sind dabei nicht nur klassisch die Ausländer, sondern auch diejenigen, die zu ausländerfreundlich sind und damit gegen den eigenen Common Sense handeln; Beispiel: Walter Lübke. Die Wirkung der Problemdelegation und dazugehöriger Seelenhygiene durch immer parate Sündenböcke bleibt die gleiche.

Wohin die klare Definition von Feindbildern anhand kommunikativer Codes (bspw. „Black Lives Matter“ vs. „All Lives Matter“) führen kann, wird in den USA besonders deutlich. Gecancelt wird erfolgreich am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum, wo Filmklassiker wie „Vom Winde verweht“ von Plattformen verschwinden, weil sie Sklaverei verharmlosen würden. Auch Aufstand und Mord folgen auf den Wunsch, die Gesellschaft von jeglicher Diskriminierung zu befreien. Black Lives Matter ist der beste Beleg, dass der Einsatz für die vermeintlich gute Sache alle Hemmungen fallen lässt. Sind Gewaltexzesse von rechts im kollektiven Bewusstsein bereits stark verankert, muss sich die Gesellschaft zunehmend daran gewöhnen, dass der Exzess von links keinesfalls friedlicher verläuft. Gewalt bleibt Gewalt, egal wie man sie zu rechtfertigen versucht.

Peter Sloterdijk schrieb in seinem 2000 erschienen Essay über die „Die Verachtung der Massen: Versuch über Kulturkämpfe in der modernen Gesellschaft“ über die Schwierigkeit der modernen Menschen, Ungleichheit in einer Zeit anzuerkennen, in der der Naturadel des *ancien régime* durch den Naturadel, sprich, Elite durch Leistung, ersetzt wurde. Es gibt schlichtweg keine plausiblen Ausreden mehr, keine gottgewollte Ordnung, die einem den Dienst als Lebensaufgabe zugewiesen hat. Die teils schier unglaubliche Leistung von wenigen außergewöhnlichen Menschen – meist erfolgreiche Unternehmer – wird von orientierungslosen Hedonisten, konsumsüchtigen Massenmenschen kontrastiert. Dass Erfolg in der Massengesellschaft aber *de facto* bedeutet, dass nur der nach oben kommt, der am meisten für die Masse bietet, wird nicht gesehen. Das die hohe Kultur unter dieser Massenproduktion leidet zeigt ein Blick in die Charts. Wem das nicht genügt, dem sei geraten sich mit der Karriere von Kim Kardashian auseinanderzusetzen. Die wachsende finanzielle Ungleichheit wird als ungerecht empfunden, die objektiven Verbesserungen der Lebensumstände aller scheinen selbstverständlich oder befinden sich womöglich sogar ganz außerhalb des kollektiven Bewusstseins.

Mit dem Verlust der natürlichen Ordnung geht die Möglichkeit zur Seelenhygiene verloren. Die Ungleichheit ist nicht mehr gottgewollt, sondern Produkt aktiver Unterdrückung von gierigen Eliten, die den Status quo beibehalten wollen, der ihnen nützt indem er andere unterdrückt. Diese Unterdrückung gelingt durch strukturelle Diskriminierung oder durch eine Umvolkungspropaganda, die das wehrhafte Volk durch staatsabhängige Multikulturalisten ersetzt. Persönlicher geht es kaum. Derart moralisch aufgeladen kann es natürlich keine Akzeptanz der Umstände mehr geben, sonst würde man sich ja selbst diskreditieren. Die Beseitigung der angeblich künstlichen Ungleichheit wird zum höchsten Wert und was dem Wert entgegensteht beziehungsweise, was ihn an seiner Entfaltung hindert, muss bekämpft werden. Denn um für das Gute einzustehen, rechtfertigt selbstverständlich die Ausmerzung des Bösen. Da Utopien die Eigenschaft haben nicht realisierbar zu sein, bleibt diese Form der Befreiung von Eigenverantwortung, der modernen Seelenhygiene, wohl noch lange Zeit attraktiv. Für Freiheit und wohlverstandenen Individualismus brechen jedoch schwere Zeiten an.